

fend vollumfänglich folgen würde, eine Gemeinschaftsinitiative unter dem Titel „Wir reparieren Deutschland“ zu starten. Teil dieser Gemeinschaftsinitiative wäre die verbindliche Verabredung über 15 Jahre, das Delta von 7,2 Milliarden € im Bund zu schließen mit den entsprechenden Verteilungseffekten auf Bund, Länder und Gemeinden und den entsprechenden Verteilungseffekten auf Straßen, Wasserstraßen und Schienenverkehrswegen. Diese Gemeinschaftsinitiative „Wir reparieren Deutschland“ fände ich eine angemessene Antwort auf die riesigen Infrastrukturherausforderungen, die dokumentiert sind. Sie wurden zuletzt dokumentiert durch die sogenannte Daehre-Kommission und schon fast vollumfänglich zuvor durch das Gutachten im Jahr 1999 durch die Pällmann-Kommission. Ich glaube, dass die Daehre-Kommission, von deren Sachkompetenz wir uns auch beim Vortrag von Dr. Daehre im Ausschuss hier im Landtag überzeugen konnten, eine höhere Durchschlagskraft hatte.

Hinzu kamen sehr versinnbildlichende Beispiele einer desaströsen Infrastruktur durch die Teilspernung der Bundesautobahnbrücke A1 Rheinquerung Leverkusen und durch die desaströse Schleusenproblematik des Nord-Ostsee-Kanals in Schleswig-Holstein, quasi der A1 zur See; denn auf diesem Kanal liegen vergleichbare Verkehrsfrequenzen.

Wenn wir dazunehmen, dass das Bundeseisenbahnamt in einer Pressemeldung, die Herr Dr. Grube immer wieder selbst bestätigt, dargestellt hat, dass 1.400 Bahnbrücken in Deutschland – 270 davon in Nordrhein-Westfalen – dringend reparaturbedürftig sind und nahe an einem Verfallszustand sind wie die gesperrte Müngstener Brücke, dann weiß man, was die Stunde geschlagen hat zur Erächtigung unserer Infrastruktur. Dann kann man auch nachvollziehen, warum der Bundesverkehrsminister inzwischen vollumfänglich die von Rot-Grün vertretene Landtagsposition teilt „Erhalt geht vor Neubau“ und alle Länder – auch sein eigenes – auffordert, die Meldungen zum Bundesverkehrswegeplan kritisch zu überprüfen, weil er es anmaßend findet, abweichend vom Prinzip „Erhalt geht vor Neubau“ Meldungen zum Bundesverkehrswegeplan einzureichen. Seine Mahnung ist: Als Allererstes kommt Erhalt, dann kommt Erhalt, dann kommt Erhalt, dann kommt Engpassbeseitigung, Lückenschluss und Ausweiten von Autobahnkreuzen. Wenn dann noch Geld übrig sein sollte, so Herr Bundesverkehrsminister Ramsauer, dann können wir über reale Neubaumaßnahmen im Straßenbau reden.

Ich hoffe, dass das für die Schienenverkehrswege ein wenig anders akzentuiert wird. Denn da brauchen wir dringend Schienenneubaumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen dringend das überfällige dritte Gleis der Betuwe-Lijn, wir brauchen dringend die notwendigen Infrastrukturausweitungen insbesondere zwischen Köln, Bonn und Dortmund, was die künftige Rhein-Ruhr-Express-

Linienführung angeht, wir brauchen weiter dringend den zweigleisigen Ausbau der Strecke Lünen-Münster, um endlich Westfalen angemessen schienenmäßig anzubinden. Ich finde es skandalös, dass der Bundesverkehrsminister sich weigert, diese Westfalen-Tangente endlich zu ertüchtigen. Westfalen und das Münsterland haben eine adäquatere Behandlung verdient.

All das hat letztendlich indirekt Auswirkungen auch auf die Fragestellung, was wir mit der Landesstraßen-Ortsumgehung Frauwüllesheim machen. Denn das Benehmen des Ausschusses zum Landesstraßenbauprogramm 2014 wird auch davon abhängen, inwieweit das Land gezwungen sein wird, Deckungslücken zu schließen, die der Bundeshaushalt lässt.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Fragen vor. Wir sind am **Ende der Fragestunde**.

Wir müssen dann noch über die Beantwortung der offenen Mündlichen Anfragen sprechen.

#### **Mündliche Anfrage 22**

Herr Kollege Witzel, wie wollen Sie verfahren?

(Ralf Witzel [FDP]): Das nächste Mal aufrufen!

– Also **mündliche Beantwortung**.

#### **Mündliche Anfrage 23**

Frau Kollegin Schmitz, soll die Anfrage das nächste Mal aufgerufen oder schriftlich beantwortet werden?

(Ingola Schmitz [FDP]: Aufrufen!)

- Auch **mündliche Beantwortung**. Das wird so zu Protokoll genommen und dann, wie ich dieses Hohe Haus kenne, auch so passieren.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

#### **10 Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/2880

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung dem Finanzminister, Herrn Dr. Walter-Borjans, das Wort.

**Dr. Norbert Walter-Borjans**, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt in erster Lesung der Gesetzentwurf zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen vor.

Mit diesem Gesetz soll in erster Linie das für die Tarifbeschäftigten der Länder am 9. März erzielte Verhandlungsergebnis auf die verbeamteten Beschäftigten des Landes und der Kommunen übertragen werden.

Der Inhalt des Gesetzentwurfes ist mittlerweile hinreichend bekannt und viel diskutiert. Ich will noch einmal kurz darstellen, was die Eckpunkte unserer Entscheidungen und unserer Vorlage sind.

Wir wollen für die Beamtinnen und Beamten bis einschließlich Besoldungsgruppe A 10 die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses vornehmen, das heißt eine lineare Erhöhung der Grundgehälter um 2,65 % für das Jahr 2013 und um 2,95 % für das Jahr 2014.

Wir wollen für die Besoldungsgruppen A 11 und A 12 eine lineare Erhöhung der Grundgehälter vornehmen: in den Jahren 2013 und 2014 jeweils um 1 %.

Wir wollen für die Pensionäre entsprechende Anpassungen der Versorgungsbezüge vornehmen.

Für Anwärterinnen und Anwärter wollen wir die Anwärtergrundbeträge erhöhen, so wie es für die gesamten Tarifbeschäftigten gilt, nämlich um 50 € im Jahr 2013 und linear um 2,95 % im Jahr 2014.

Für die übrigen Besoldungsgruppen – das sind die Besoldungsgruppen A 13 und darüber – sowie für die Besoldungsgruppen B, R, C, H und W wird es nach dieser Vorlage in den Jahren 2013 und 2014 keine Erhöhung geben.

Das Tarifergebnis soll für alle Besoldungsgruppen – auch für die zuletzt genannten – in vollem Umfang übernommen werden: in Höhe von 2,65 % im Jahr 2013 und 2,95 % im Jahr 2014, soweit das die allgemeine Stellenzulage, den Familienzuschlag, die Amtszulagen, die Auslandszuschläge und einige Mehrarbeitsvergütungsbeträge und Erschwerniszulagenbeträge betrifft.

Wir haben zudem, nachdem eine unterschiedliche Bemessung des Urlaubs für unterschiedliche Altersgruppen als altersdiskriminierend verworfen worden ist, in unserer Vorlage vorgesehen – wie auch bei den Tarifverhandlungen –, den Urlaub für alle gleichermaßen auf die Dauer von 30 Tagen festzulegen. Wir werden auch, wie wir den Vertretern der Beamtenschaft und der Gewerkschaften insgesamt mitgeteilt haben, keine weiteren Abzüge vornehmen – etwa für die Versorgungsrücklage –, die diese von uns weiter vorgesehene Erhöhung in irgendeiner Weise mindern würden.

Wir konnten den Tarifabschluss der Angestellten für die Beamtinnen und Beamte nicht 1:1 übernehmen, so wie wir das im Jahr 2011 zeitnah getan haben. Wir haben ihn jetzt gestaffelt übernehmen müssen. Ich sage an dieser Stelle noch einmal, was ich hier auch in der ersten Runde gesagt habe: Das ist uns alles andere als leicht gefallen. Ich stehe zu der schon mehrfach zitierten Auffassung, dass der öffentliche Dienst auch in Zukunft attraktiv bleiben muss und dass wir ein Interesse daran haben müssen, dass Menschen, die im öffentlichen Dienst ihre Arbeit tun, dafür anständig entlohnt werden. – Ich sage genauso offen, ich hätte gerne einen Vorschlag eingebracht, in dem wir eine ähnlich hohe Übertragung des Ergebnisses hätten darstellen können, wie wir sie für die Tarifbeschäftigten erzielt haben.

Ich stehe allerdings genauso deutlich zu einer von mir ebenfalls immer wieder geäußerten Meinung, die sich allerdings in den Zitaten nicht wiedergefunden hat: Wir müssen sagen, was geht und was nicht geht, und wir müssen sagen, dass wir eine Beamtenbesoldung haben, die auch mit der Anpassung, wie wir sie jetzt vorschlagen, im Mittelfeld der Länder ist und damit die Attraktivität des öffentlichen Dienstes sicherstellt.

Ich habe auch immer gesagt, dass ein Kostenblock, der über 40 % des gesamten Landeshaushalts ausmacht, bei unseren Bemühungen um die Konsolidierung des Landeshaushalts nicht außen vor bleiben kann. Die komplette Übertragung des Tarifergebnisses hätte das Land bis 2014 mit rund 1,3 Milliarden € belastet. Wir sind nach dem Grundgesetz verpflichtet, die Schuldenbremse einzuhalten. Die Personalausgaben – ich habe das gesagt – liegen bei über 40 %. Wir müssen auch in diesem Bereich einen Beitrag zur Konsolidierung leisten.

Die eingeschränkte Übertragung des Tarifergebnisses hat deshalb mit mangelnder Wertschätzung für die Arbeit der Beamtinnen und Beamten nichts zu tun. Diese Arbeit ist und bleibt für unser Land von großer Bedeutung. Ich habe hier auch immer gesagt, anders als man es aus anderen Reden heraushört, es geht hier nicht darum, dass das, was wir vorschlagen, alternativlos ist, sondern schlicht und ergreifend darum, dass alle anderen Alternativen schlechter gewesen wären. Dazu gehören vor allen Dingen Alternativen, wie sie mir schon bei der Beratung des Haushaltes 2013 in vielen Anträgen der Oppositionsfraktionen entgegengehalten worden sind.

Beispielsweise hieß es, man könne die Personalausgaben Jahr für Jahr insgesamt um 2 % herunterfahren. Dazu brauche man auch keinen Aufgabenabbau, weil sich das aus der Steigerung der Produktivität von selbst ergebe. Erzählen Sie das einmal den Beamtinnen und Beamten in den unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes!

Was die Vorstellung betrifft, man könne mal eben 14.000 Stellen abbauen – mal waren es auch 12.000 –, weil das die Beteiligung des Personalkostenblocks des Haushaltes an der Konsolidierung sei: Das wäre unserer Meinung nach nicht das gewesen, was man uns jetzt vorwirft, nämlich dass man zwischen den niedrigeren und den höheren Besoldungsgruppen unterscheidet – also spaltet, wie das hin und wieder genannt wird –, sondern dann hätte man zwischen denen unterschieden, die jetzt einen Job haben, und denen, die anschließend keinen mehr bekommen hätten, weil die Stellen alle nicht mehr hätten nachbesetzt werden dürfen. Das hätte man deutlich sagen müssen. Wenn es im Laufe der Zeit so gekommen wäre, hätten auch diejenigen gemerkt, was das bedeutet, etwa wenn der Nachbar am Arbeitsplatz, der seinen Job aufgibt – wegen Pensionierung beispielsweise –, nicht ersetzt wird.

Wenn jetzt so leichtfertig erklärt wird, das liege alles daran, dass die Prestigeprojekte finanziert werden müssen und dass das zulasten der Beamtinnen und Beamten geht, sage ich noch einmal: Es ist wirklich nicht statthaft, diesen Zusammenhang herzustellen: dass man zwar auf der einen Seite sagt, man könne die Studiengebühren wieder einführen, und die Leute studieren lässt, es anschließend aber im öffentlichen Dienst keine Stellen mehr für sie gibt; denn diese müssen als Ersatz dafür abgeschafft werden.

Wir hätten andere Möglichkeiten gehabt, etwa wieder an die Arbeitszeiten heranzugehen, an einen Beförderungsstopp, an eine weitere Kürzung oder an die Streichung des Weihnachtsgeldes. Man hätte über die Versorgungsbezüge reden können. Das waren alles Dinge, die wir ausgeschlossen haben.

Wir haben stattdessen gesagt: Wenn es so ist – und daran geht kein Weg vorbei –, dass wir den Personalkostenanteil des Haushaltes an der Konsolidierung beteiligen müssen, dann ist es richtiger, dass ein bestimmter Bereich – ich sage noch einmal ganz deutlich, auch an die Adresse der FDP, dass ich nie von „Spitzenbeamten“ geredet habe, sondern vom „höheren Dienst“ –, nämlich der höhere Dienst, in zwei Runden nicht an der Besoldungserhöhung teilnimmt.

Die gestaffelte Anpassung gewährleistet einerseits allen Bezügeempfängerinnen und -empfängern auch weiterhin eine amtsangemessene Lebensführung,

(Christian Möbius [CDU]: Ha, ha!)

insbesondere im Vergleich zu entsprechenden Tarifbeschäftigten und auch im Vergleich – ich habe das schon gesagt – zu anderen Bundesländern.

Mit der Staffelung haben wir eine klare Entscheidung getroffen für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, für die Sicherung von Beschäftigung, für die Sicherung einer sozial gerechten Politik und für eine Politik für gute Bildung, Familienvorbeugung und leistungsfähige Kommunen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)**

Daneben sieht der Gesetzentwurf noch einige redaktionelle Änderungen im Besoldungsrecht vor und eine längst überfällige Anpassung der Fachleiterzulage für Lehrer.

Mit dem Ihnen im Entwurf vorliegenden Gesetz soll die notwendige gesetzliche Rechtsgrundlage für die Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich geschaffen werden. Damit die Beamtinnen und Beamten nicht bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens auf die Bezügeerhöhung warten müssen,

(Christian Möbius [CDU]: Das sind doch nur 20 %!)

sondern möglichst frühzeitig das erhalten, was jetzt an Erhöhung kommt, hat die Landesregierung wie schon bei Bezügeerhöhungen in früheren Jahren beschlossen, im Vorgriff auf den Gesetzesbeschluss die Mehrbeträge abschlagsweise unter Vorbehalt auszuzahlen. Das dürfte voraussichtlich Ende Juni der Fall sein.

Im Namen der Landesregierung bitte ich Sie deshalb, meine Damen und Herren, dem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung zu geben und ihn zunächst in die Ausschüsse zu überweisen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Danke, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Gebhard.

(Zuruf von den PIRATEN: Die traut sich nicht! – Christian Möbius [CDU]: Es ist ja auch unangenehm, zu dem Thema zu sprechen! – Gegenrufe von der SPD)

– Es ist manchmal ein weiter Weg zum Rednerpult.

**Heike Gebhard (SPD):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade vom Finanzminister die Einbringung des Gesetzentwurfes zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge entgegengenommen, einen Gesetzentwurf, mit dem das Ergebnis für die Angestellten des öffentlichen Dienstes, das mit den Gewerkschaften auf zwei Jahre angelegt ist, in der Tat nicht eins zu eins, sondern sozial gestaffelt auf unsere Beamtinnen und Beamte des Landes und der Kommunen übertragen werden soll.

Das bedeutet, dass für alle Beschäftigten und Pensionäre bis einschließlich A 10 das Tarifergebnis voll übernommen wird. Ich erlaube mir an dieser Stelle zu sagen: Wer sich die Gehälter in diesen Stufen anschaut, der wird leicht nachvollziehen können, dass dies eine gute und notwendige Entscheidung ist.

Richtig ist aber auch, dass mit dieser Entscheidung Beschäftigte und Versorgungsberechtigte der Besoldungsgruppen ab A 13 keine Grundgehalts- oder Pensionserhöhung bekommen, sehr wohl aber, wie der Minister gerade ausgeführt hat, eine Eins-zu-eins-Umsetzung bei allen Zulagen.

Eine solche Entscheidung – das will ich auch gar nicht verschweigen – ist für mich und meine Fraktion, die sich dem Leitprinzip „gute Arbeit“ verschrieben hat, keine leichte, man kann vielleicht sogar sagen: eine schmerzhaft. Dabei haben wir seit Regierungsübernahme 2010 gerade auch für den öffentlichen Dienst bewiesen, dass uns dieses Prinzip „gute Arbeit“ in allen Bereichen leitet.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich will das an dieser Stelle noch einmal uns allen ins Gedächtnis rufen.

Im Januar 2011 haben wir ein neues Landespersonalvertretungsrecht auf den Weg gebracht, ein Mitbestimmungsrecht, das seinen Namen wieder verdient, das nach der Demontage durch Schwarz-Gelb die Beschäftigten tatsächlich wieder auf Augenhöhe mit dem Arbeitgeber stellt. Denn auch wir sind uns im Klaren darüber, dass strukturelle Veränderungen im Personalbereich auch in Zukunft erforderlich sein werden. Aber diese sind nicht gegen die Beschäftigten, sondern nur mit ihnen erreichbar. Dazu brauchen wir eine starke Mitbestimmung. Dazu haben wir uns bekannt. Wir erhalten sie auch nach wie vor aufrecht.

Wir haben ferner den von Schwarz-Gelb verordneten 1,5%igen Stellenabbau nach dem „Prinzip Rasenmäher“ gestoppt. Wir haben trotz sinkender Schülerzahlen keine Kürzung der Lehrerstellen vorgenommen. Und wir haben nicht, wie die CDU es noch in der Haushaltsberatung 2013 gefordert hatte, den Abbau von 480 Lehrerstellen vorgenommen.

(Martin Börschel [SPD]: Hört, hört!)

Wir haben die Einstellungszahl bei der Polizei von zunächst 1.100 auf 1.400 und dieses Jahr auf 1.477 erhöht.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Wir haben in der Justiz zur Entlastung der Beschäftigten die Stellenzahl im mittleren Dienst um 350 erhöht. Wir haben die Besoldung der Justizwachmeisterinnen und Justizwachmeister verbessert.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben überhaupt wieder Beförderungsmöglichkeiten geschaffen.

Und wir haben 2011 die Tarifanpassung 1:1 übernommen.

Wir haben beim BLB Leiharbeit bekämpft.

Wir haben beim Dienstrechtsanpassungsgesetz dafür gesorgt – das wird sich auch beim nächsten Tagesordnungspunkt zeigen –, dass eine entsprechende Respektierung und Wertschätzung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erfolgt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und wir haben – das will ich als Letztes nennen; ich will nicht alle Beispiele aufzählen – auch die Einstellungszahlen bei der Finanzverwaltung erhöht, unter anderem 200 neue Betriebsprüferstellen geschaffen. Dies ist ein ganz spezielles Projekt, mit dem wir hier in Nordrhein-Westfalen selbst eine Maßnahme ergreifen, um nicht nur die Ausgabenseite, sondern auch die Einnahmenseite des Landes zu verbessern. Verbessern würde sich die Situation des Landes natürlich auch, wenn seitens des Bundes eine gerechtere Steuerpolitik gemacht würde.

(Beifall von der SPD)

Meine Partei – Sie wissen es – hat dazu entsprechende Vorschläge vorgelegt. Darum setze ich nicht nur im Interesse meiner Partei, sondern auch im Interesse unseres Landes Nordrhein-Westfalen darauf, dass sich im September Rot-Grün durchsetzt, damit wir eine bessere Einnahmesituation auch hier in Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Uns liegt ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst sehr am Herzen, und zwar nicht um seiner selbst willen, sondern weil nur mit ihm die Anforderungen, die die Menschen völlig zu Recht an den Staat stellen, befriedigt werden können. Gerade deshalb würde jede und jeder aus meiner Fraktion sicher gerne die Anpassung eins zu eins beschließen. Aber wir sind hier nicht bei „Wünsch dir was“. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns eine verantwortungsvolle Politik in ihrer Gesamtheit. Dazu gehört es, dass wir, wenn wir Projekte auf den Weg bringen, auch darstellen, wie wir sie finanzieren können.

Wir haben es gerade vom Finanzminister gehört: Eine Eins-zu-eins-Übernahme würde bedeuten, dass wir ab dem Jahr 2014 Jahr für Jahr 1,3 Milliarden € zusätzlich bereitstellen müssten. Nach den Vorkehrungen, die wir in diesem Jahr bereits getroffen haben, würde sich dann nächstes Jahr eine Lücke von über 710 Millionen € auftun. Wie soll die denn geschlossen werden?

Ich denke, wir sind uns alle einig – Sie geben dazu ja regelmäßig Hinweise –, dass das nicht durch eine Nettoneuerschuldung passieren soll. Welche Vorschläge haben Sie denn zu bieten? Auf diese Frage kommen die Antworten, die Sie schon zimal verfrühstückt haben: Wir sollen doch, bitte schön, die Studiengebühren wieder einführen, knapp 245 Millionen €. Und wir sollen zusätzlich das beitragsfreie Kindergartenjahr abschaffen, 150 Millionen €. Dann

haben Sie für den Haushalt 2013 vorgeschlagen, insgesamt 1.400 Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen, insgesamt ein Volumen von 70 Millionen €. Wer mitgerechnet hat, der wird feststellen: Da fehlen immer noch 230 Millionen €. Wo nehmen Sie die denn her? Welche Förderprogramme hätten Sie denn noch gerne gestrichen?

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie laufen ja schon Sturm, wenn gerade mal 500.000 € gestrichen werden, weil wir sagen, dass nicht einzusehen ist, dass ausgerechnet die Berufsgruppe der Apotheker ihre PTAs nicht selbst ausbilden kann.

Oder wollen Sie den gebeutelten Kommunen etwas wegnehmen?

Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Für die regierungstragenden Fraktionen kommt dies alles nicht infrage.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Beitragsfreie Kitajahre sind eine Investition in die Zukunft unserer Kinder und damit in die Zukunft unseres Landes. Sie entlasten viele Familien, auch Beamtenfamilien.

(Beifall von der SPD)

Das Gleiche gilt für die hinzugewonnenen Studierenden, die sich dank wegfallender Studiengebühren nun nicht mehr von einem Studium abschrecken lassen.

Für uns kommt auch kein Arbeitsplatzabbau mit entsprechender Arbeitsverdichtung für die Übrigbleibenden infrage. Beschäftigungssicherung ist unser Ziel.

Nun gelten all diese Maßnahmen – Beschäftigungssicherung, Ermöglichung von Beförderung – in der Tat ausschließlich für Landesbedienstete und nicht für die kommunalen Beamten. Von daher werden wir sehr ernsthaft prüfen, wenn es denn der Wunsch der Kommunen sein sollte, ob sie abweichend vom Land selbst über die Tarifübernahme bestimmen können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit dem heutigen Tag beginnt die Beratung über den vorliegenden Gesetzentwurf. Dazu gehört auch die Anhörung aller Beteiligten in den kommenden Wochen: von den Gewerkschaften und Berufsverbänden bis hin zu den kommunalen Spitzenverbänden. Ich hoffe auf konstruktive Beratungen auf Basis der von mir skizzierten Rahmenbedingungen.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine kollegiale, zugunsten des Landes positive Beratung. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Für die CDU-Fraktion erlaube ich Herrn Kollegen Lohn das Wort.

**Werner Lohn** (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Minister wäre vor seinem gelangweilten Vortrag eben besser mal zur Demo gegangen, dann wäre er ein bisschen in Stimmung gewesen.

(Beifall von der CDU)

Sie verkaufen hier Grausamkeiten, verteidigen Ihren Wortbruch und gehen mit keinem Wort darauf ein, dass draußen zehntausend Menschen stehen und sich über genau diese Ihre Politik aufregen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Dann kommt nach dem Minister die nebelkerzenpolitische Sprecherin, Frau Gebhard: nur Ablenkungsmanöver, kein Wort zum Wortbruch, kein Wort zu den Zitaten – alles Ablenkung. So geht das nicht, Frau Gebhard!

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist in der Tat ein schlechter Tag für die ungefähr 300.000 Landes- und Kommunalbeamten. Es ist ein schlechter Tag für die Attraktivität unseres Landes als Arbeitgeber. Aber es ist ein noch viel schlechterer Tag für Ministerpräsidentin Kraft. Ich freue mich, dass sie jetzt da ist und sich der Debatte stellt. Draußen bei der Demo war sie eben wahrscheinlich nicht.

Aber Frau Kraft hat es selbst verdient, dass sie heute so schlecht dasteht. Das sehen die Tausende von Beamten draußen genauso.

(Zurufe von der SPD)

Frau Kraft ist eklatant wortbrüchig geworden. Man konnte eben sehen, dass bei Frau Kraft – das wissen Sie auch selbst – der Lack der sympathischen Landesmutter zu bröckeln anfängt.

(Beifall von der CDU)

Das Vertrauen in Sie ist auch weg. Sie werden auf den Plakaten zu Recht als Wortbrecherin, als Lügnerin bezeichnet. Lügen-Hanni und auch Schandelore ist draußen bei der Demo überall zu hören.

(Zurufe von der SPD)

Mit diesem Gesetzentwurf haben Sie, Frau Kraft, ihren Wortbruch quasi in Stein gemeißelt. So etwas hält gewöhnlich ziemlich lange. Die Leute werden Ihnen das nicht vergessen.

(Beifall von der CDU)

Verehrte Damen und Herren, am 16. Dezember 2011 hat Ministerpräsidentin Kraft dem Deutschen Beamtenbund schriftlich bestätigt – ich zitiere einen Auszug ihres Schreibens –: „Ich kann Ihnen aber

versichern, dass die Landesregierung keine weiteren Einschnitte bei Beamtenschaft plant.“

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Nur den Betreff, lesen Sie den vor!)

– Frau Kraft, wenn Sie dazwischenrufen möchten, setzen Sie sich auf die Abgeordnetenränge!

(Beifall von der CDU)

Ich kann Ihnen auch ein weiteres Zitat nicht ersparen:

„Sie wissen, dass die Landesregierung bereits mehrfach verkündet hat, Beamte, Richter, Staatsanwälte und Versorgungsempfänger zukünftig nicht weiter von der Lohnentwicklung abzukoppeln.“

Das waren Sie, Herr Finanzminister. Sie haben sich eben völlig falsch zitiert. Da haben Sie nur von attraktivem Dienst geschwafelt.

Der Begriff „Wortbruch“ floss der SPD im Jahr 2009 noch ziemlich locker aus der Feder. Da heißt es: „Wortbruch stoppen: Tarifabschluss muss uneingeschränkt für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen übernommen werden“. So lautete der Eilantrag der SPD vom 16. März 2009.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das haben wir ja auch zwei Jahre gemacht!)

Verehrte Damen und Herren, raten Sie einmal, wer diesen Antrag an erster Stelle unterschrieben hat! Sie glauben es nicht? Richtig: Es war dieselbe Hannelore Kraft, die heute dreist und eigentlich auch recht peinlich leugnet, jemals irgendwelche Versprechungen gemacht zu haben.

(Beifall von der CDU)

Verehrte Damen und Herren, wie sehen die Auswirkungen und Belastungen aus? Der Minister hat sie eben vorgetragen. Für A 11 und A 12 gibt es zweimal 1 %; für A 13 aufwärts gibt es zwei Jahre lang nichts. Insgesamt heißt das, dass 80 % aller Beamten zum wiederholten Mal keinen Inflationsausgleich bekommen.

(Marc Herter [SPD]: Doch nicht zum wiederholten Mal!)

Insgesamt haben unsere Beamten – das musste der Finanzminister auf unsere Anfrage hin auch zugestehen – seit 2000 mit ungefähr 2,4 Milliarden € pro Jahr zur Haushaltskonsolidierung beigetragen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wann, wenn nicht heute, bei höchsten Steuereinnahmen und geringster Arbeitslosigkeit, sollen die Beamten endlich wieder an der allgemeinen Gehaltsentwicklung teilhaben dürfen? Wenn es nach SPD und Grünen und auch nach Frau Kraft geht, wohl nie!

Das hat fatale Folgen für die Betroffenen, aber auch für die Attraktivität unseres Landes als Arbeitgeber. Ihre beabsichtigten Nullrunden führen schon ab

dem nächsten Jahr dazu, dass zum Beispiel eine Lehrerin in Bayern 4.000 € im Jahr mehr verdient als eine Lehrerin bei uns in Nordrhein-Westfalen. Bei einem Oberinspektor der Besoldungsgruppe A 10 macht der Unterschied 1.300 € aus. Das sind keine Kleinigkeiten. Vor allen Dingen sind Oberinspektoren mit A 10 keine Großverdiener.

(Beifall von der CDU)

Wenn der Finanzminister dann behauptet, Nordrhein-Westfalen befände sich im Mittelfeld der Länder, was die Attraktivität und die Bezahlung der Beamten angeht, ist das schlichtweg falsch. Wir sind ab 2014 am unteren Ende der Liste. Das ist keinesfalls das Mittelfeld, Herr Minister.

Ihre Nichtübertragung ist zudem ungerecht und unsozial. Es trifft eben nicht nur die reichen Spitzenverdiener; es betrifft überwiegend Normalverdiener im öffentlichen Dienst bereits ab ungefähr 3.000 € brutto.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Darüber hinaus ist Ihr Vorgehen verwerflich und teilweise auch entlarvend.

Erstens ist es verwerflich, weil SPD und Grüne die Finanzmisere selbst und vorsätzlich herbeigeführt haben.

(Beifall von der CDU)

Zweitens ist es verwerflich, weil Frau Kraft und auch Herr Finanzminister eben noch von der sozialen Staffelung gesprochen haben. Eine soziale Staffelung, die nur die starken Schultern belastet, gibt es nicht. Das ist völlig falsch. Sie bedienen damit lediglich Neiddiskussionen gegen Beamte an den Stammtischen.

(Beifall von der CDU)

Entlarvend ist der vorliegende Gesetzentwurf, weil deutlich wird, was Sie mit reichen Besserverdienenden meinen. Wenn hiermit schon 80 % der normalen Beamten gemeint sind, dann ist auch klar, wen die Herren Steinbrück und Trittin mit ihren Steuererhöhungen meinen.

(Beifall von der CDU und Dirk Wedel [FDP])

Damit ist eindeutig klar: SPD und Grüne wollen der Mitte der Gesellschaft ganz tief in die Tasche greifen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Kraft, Sie haben NRW mit Ihrer Schuldenpolitik und mit drei vorsätzlich verfassungswidrigen Haushalten drei Jahre lang in eine schlimme Finanzkrise geführt.

(Zuruf von Volker Münchow [SPD]: – Gegenrufe von der CDU)

– Ich habe den Schreihals nicht verstanden. Das macht aber auch nichts. – Sie haben dadurch nicht

nur die Möglichkeiten für eine Eins-zu-eins-Übernahme verspielt; Sie haben damit auch im Prinzip klargemacht, dass Ihr Ansatz der sogenannten präventiven Finanzpolitik heute schon gescheitert ist.

(Beifall von der CDU und Dirk Wedel [FDP])

Ständig neue und höhere Schulden und künftig auch noch massive Steuererhöhungen können kein Zukunftskonzept sein. Sie haben überhaupt kein Konzept für ordentliche Landesfinanzen. Sie haben auch nicht den Mut zu nötigen Strukturveränderungen.

(Thomas Stotko [SPD]: Das sagen die mit den 25 Milliarden €!)

Der „Westfälische Anzeiger“, wahrlich kein Partei- oder Presseorgan der CDU, schrieb gestern über Rot-Grün:

„Wenn keine Wohltaten zu verteilen sind, fällt das Regieren schwer.“

(Marc Herter [SPD]: Was ist denn mit dem Chefredakteur des „Westfälischen Anzeigers“?)

Weiter heißt es dort:

„Bei noch sprudelndem Steueraufkommen einseitig auf ein Einnahmeproblem zu verweisen, ... offenbart den mangelnden Sparwillen der NRW-Regierung.“

Ich finde, der „Westfälische Anzeiger“ hat recht.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Entschuldigen Sie, Herr Kollege. Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmeltzer zulassen?

**Werner Lohn** (CDU): Ich möchte erst zu Ende vortragen.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Also nicht.

**Werner Lohn** (CDU): Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Namen der CDU-Fraktion kann ich Ihnen versichern, dass wir Ihre Politik in den weiteren Beratungen als genau das brandmarken werden, was sie ist; denn sie ist tatsächlich Wortbruch, Willkür, soziale Ungerechtigkeit und eine völlige Missachtung der Interessen unserer Beamtenschaft.

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, das sehe ich nicht alleine so. Ihr Parteigenosse Sierau, seines Zeichens Oberbürgermeister in Dortmund, sieht das ganz genauso. Er hat Ihnen – wie viele andere auch – einen bösen Brief geschrieben. Was haben Sie gemacht? Sie haben

Ihren „Beißwolf“ Römer aufgehetzt; der durfte dann zurückkeilen.

Genau so, wie Sie mit Ihren Abgeordneten von SPD und Grünen umgegangen sind, sind Sie mit den Gewerkschaften umgegangen. Alle wurden ignoriert. An allen vorbei haben Sie Fakten geschaffen, haben Ihren Wortbruch in die Tat umgesetzt. Das werden Ihnen nicht mal Ihre eigenen Leute verzeihen. Und auch in der Bevölkerung insgesamt wird der Wortbruch mit Sicherheit nicht in Vergessenheit geraten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir diesen Anlass schnell hinter uns bringen.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Lohn. – Herr Kollege Lohn, bitte kehren sie ans Pult zurück; denn der Kollege Schmeltzer hat sich für eine Kurzintervention gemeldet

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Kurz kann der doch gar nicht!)

und erhält jetzt für 90 Sekunden das Wort. – Herr Kollege Schmeltzer, Sie haben das Wort.

**Rainer Schmeltzer** (SPD): Herr Kollege Lohn, insbesondere wegen Ihrer Gestik sah ich mich genötigt, mich zu einer Zwischenfrage zu melden. Die haben Sie aber nicht zugelassen.

Erinnern Sie sich noch an die Zeit, als der damalige Kollege Rüttgers dem öffentlichen Dienst versprochen hat, was er alles rückgängig macht, und was er dem öffentlichen Dienst dann an weiteren Kürzungen aufs Auge gedrückt hat?

Können Sie sich auch daran erinnern, dass Ihre Fraktion insbesondere eine Eins-zu-eins-Übertragung versprochen hat, wenn sie denn regieren würde – bei weiterem Personalabbau? Dann definieren Sie doch mal den Personalabbau, den Sie vorhaben – ohne Leistungsverdichtung und ohne die Aufgaben des Landes damit zu gefährden. Sie vergessen in Ihren Wortmeldungen immer sehr gerne, dass Sie hier Personal abbauen wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege Lohn, Sie haben für 90 Sekunden das Wort zur Antwort.

**Werner Lohn** (CDU): Herr Kollege Schmeltzer, ich bin Ihnen dankbar für den Zwischenruf. Zur Wahrheit gehört, dass auch wir als Regierung damals den Beamten Belastungen zumuten mussten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Trotz vorheriger Versprechungen in die andere Richtung?)

– Entweder Sie wollen zuhören oder schreien. Eines von beidem geht nur.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Zur Wahrheit gehört auch, dass wie in den Jahren, als wir die Belastungen vorgenommen haben, die Weltwirtschaftskrise und zurückgehende Steuereinnahmen hatten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war 2005/2006 noch nicht!)

Hohe Arbeitslosigkeit zeichnete sich ab.

(Beifall von der CDU)

Das ist mit der Situation heute in keiner Weise zu vergleichen. Heute sprudeln die Steuern. Die Arbeitslosigkeit ist gering. Die Konjunktur boomt. Wann wollen Sie denn eins zu eins übertragen, wenn nicht jetzt, frage ich Sie.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Sie haben im Jahr 2009 das gesagt und beantragt, was ich eben zitiert habe. Sie haben die Ministerpräsidentin losgeschickt. Sie hat die Beamten in dem Glauben gelassen, es gäbe keine Einsparungen mehr. Der Minister hat das Gleiche getan. Heute müssen Sie sich dieser Verantwortung stellen. Sie haben zu einer Zeit, als klar war, dass die Kassen leer sind, das Blaue vom Himmel versprochen – und können es heute nicht halten. Daran werden Sie gemessen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sagen Sie etwas zu Ihren Personalabbauplänen! Das ist doch verlogen, was Sie hier machen!)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** So weit die Entgegnung auf die Kurzintervention durch Herrn Abgeordneten Lohn.

Wir schreiten weiter fort in der Debatte mit dem nächsten Redner von Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Kollegen Mostofizadeh. Bitte schön.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich – das werde ich jetzt auch tun – wollte ich meinen Wortbeitrag damit beginnen, deutlich zu machen, dass wir uns durchaus schwer dazu durchgerungen haben, der teilweisen Übertragung der Besoldungserhöhung zuzustimmen, weil – das wollen wir auch klar zugestehen – wir der Auffassung sind, dass wir sehr wohl abwägen müssen, ob es gerechtfertigt ist, das so zu tun, wie wir es machen.

Wir haben es abgewogen. Wir stimmen den Argumenten, die der Finanzminister vorgetragen hat, zu. Wir sind der Auffassung, dass es angesichts der Alternativen, die uns zur Verfügung stehen, gerechtfertigt ist, es denjenigen, die etwas mehr verdienen – ich werde auch gleich noch etwas zu Spitzenverdienern und anderen Geschichten erzählen, die Sie hier vorgetragen haben –, eher zuzumuten, die Eins-zu-eins-Übertragung nicht zu bekommen, und denjenigen, die zwischen A 2 und A 10 liegen, mehr zu übertragen als den anderen. Das war in der Abwägung für uns notwendig und richtig.

Wir haben auch die Haushaltslage abgewogen. An der Stelle komme ich zu Herrn Lohn. Ich habe sehr viele CDU-Politiker gehört, bei denen ich das, was sie gesagt haben, bedenkenswert finde, nämlich dass wir den Menschen oftmals zu viel versprechen, dass wir rausgehen und das Bild erzeugen – egal, auf welcher politischen Ebene –, dass alles machbar sei.

Eines kann ich Ihnen sagen, Herr Kollege Lohn: Das, was Sie hier gemacht haben, war schlicht Stammtischniveau. Sie haben sich als Trittbrettfahrer auf die Debatte gesetzt und versucht, zu suggerieren,

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

dass es Tausende von Möglichkeiten geben würde, das gegenzufinanzieren, was Sie hier versprechen. Das will ich auch sehr deutlich machen.

Sie haben in Ihrem Brief und auch heute in der Pressemitteilung gesagt, wir hätten Milliarden an Steuergeschenken gemacht. Fakt ist: Von den Sachen, die wir beschlossen haben, gehen 700 Millionen an die Kommunen. Wollen Sie davon einen Euro streichen? Davon habe ich nichts gehört. Die Mindereinnahmen durch Wegfall der Studienbeiträge und Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres betragen 400 Millionen €. Außerdem haben wir exakt 400 Millionen € bei der Grunderwerbsteuererhöhung gegenfinanziert. Das sagen Sie niemandem, weil Sie überhaupt nicht daran interessiert sind, zuzugeben, wie die Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen ist. Aber gleichzeitig rennen Sie zum Verfassungsgericht und behaupten, wir müssten den Haushalt noch mehr kürzen als das jetzt schon der Fall ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was Herr Lohn hier vorgetragen hat – wir werden uns ja morgen noch ausführlicher über die Steuerpolitik unterhalten –, kann ich so nicht stehenlassen. Die Pläne zur Spitzensteuersatzerhöhung, die ja so sehr im Fokus sind, setzen bei uns bei 60.000 € Jahreseinkommen an und bei der SPD nach jetziger Programmlage bei 80.000 €

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: 100!)



– 100.000 €. Das sind aus unserer Sicht die Besserverdienenden. Das sind aber nicht die Beamtinnen und Beamten, über die wir jetzt reden. Das haben Sie in völlig unzulässiger Art und Weise in einen Topf geworfen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben gleichzeitig noch vorgetragen, dass wir behauptet hätten, das wären Spitzenverdiener. Die Zeitungen haben geschrieben, das seien Spitzenbeamtinnen und -beamte. Das ist doch nicht unser Verdienst gewesen. Ganz im Gegenteil! Ich habe mir mehrmals die Mitteilungen der Landesregierung durchgelesen. Da ist davon keine Rede, sondern da ist sehr dezidiert ausgeführt, in welchen Besoldungsgruppen das passiert.

Eines will ich Ihnen mal sagen, weil Sie die Ministerpräsidentin immer aus ihrer Zeit zitieren, als sie noch Fraktionsvorsitzende der SPD war: Als wenn sich die Zeit nicht weitergedreht hätte! Was ist denn seit 2009 passiert?

(Lachen von der CDU – Zuruf: Abenteuerlich!)

Sie haben doch Schwerpunkte gesetzt, und zwar auch bei der Einnahmenpolitik. Sie haben ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz gemacht. Sie haben Gesetze zur Einkommensteuerentlastung gemacht, die dieses Land mehrere Milliarden Euro kosten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das sind Ihre Schwerpunkte! Sie tragen ganz massiv zu dieser Haushaltslage bei!

Ich habe drei Kinder im Alter zwischen 17 und 13 Jahren. Ich möchte nicht die Verantwortung dafür tragen, dass unsere Haushalte durch unsere Kinder nicht mehr gesteuert werden können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Deswegen bin ich bereit, Herr Kollege, auch Entscheidungen zu treffen, die eben keinen Spaß machen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Herr Laumann, Sie machen sich einen ganz schlanken Fuß. In Ihrer Pressemitteilung steht, dass Sie diese Gehaltserhöhungen mit den Summen, die wir seit 2010 mehr ausgegeben hätten, gegenfinanzieren wollten. Ich kann Ihnen sagen, Sie haben den Leuten das hiermit schwarz auf weiß gegeben: Sie werden, falls jemand Ihre Partei wählen sollte, nicht nur diese Besoldungserhöhung nicht nachholen, sondern Sie werden auch noch für Stellenabbau sorgen. Denn Sie wollen Stellen abbauen. Das haben Sie in Ihrer Pressemitteilung gesagt.

Ich kann den Unmut über uns gut verstehen.

(Beifall von der CDU)

Niemand möchte gerne solche Entscheidungen treffen. Aber ich kann allen Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst nur empfehlen, sich sehr genau anzugucken: Was hat diese CDU, was hat diese FDP in diesem Land in aktiver Zeit gemacht? Was wird sie tun, falls sie wieder drankommen sollte, was wir zu verhindern wissen? Sie wird diesen Beamtinnen und Beamten bei der Besoldung keinen Deut nachgeben, sondern sie wird sie auch noch mit Stellenkürzungen bestrafen und diesen Haushalt nicht in Ordnung bringen; denn sie hat auch jetzt schon wieder im Bund angekündigt, eben nicht für Entlastung für diese Gruppen zu sorgen und auch nicht dafür zu sorgen, dass die Länder finanziell besser ausgestattet werden. Weitere Belastungen für die Länder stehen an.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Danke, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Sonderopfer für die Beamten ist der rot-grüne Offenbarungseid in Bezug darauf, wie Sie mit Ihren Zusagen und auch mit Ihrer Haushaltspolitik umgehen. Es zeigt sich nämlich, dass Sie nicht nur eine leistungsabgewandte Pädagogik in Schulen betreiben, sondern auch eine leistungsfeindliche Besoldung bei unseren Beamten vornehmen.

(Beifall von der FDP)

80 % der Beamten werden gleich für mehrere Jahre von der allgemeinen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst abgekoppelt. Sie bekommen trotz steigender Lebenshaltungskosten entweder gar nichts oder eine rein symbolische Anpassung unterhalb der Inflationsrate. 80 % dieser Beamten sind für SPD und Grüne dann eben die starken Schultern, die massive Einschnitte hinnehmen müssen.

Deshalb sagen wir sehr wohl: Es geht hier nicht um eine Gruppe von Spitzenverdienern und Topbeamten, wie es in Berichterstattungen zu lesen ist, sondern es geht hier um die breite Mitte im öffentlichen Dienst. Ab einem Familieneinkommen von 2.700 € sinkt die Kaufkraft. Ab einem Monatsbrutto von 3.200 € sehen Sie überhaupt keinen Anlass mehr für irgendeinen Inflationsausgleich. Deshalb sage ich Ihnen, weil es mir hier um eine ehrliche Debatte geht: Auch in NRW und in anderen Bundesländern hat es Situationen gegeben, wo nicht immer alles eins zu eins umgesetzt worden ist. Darauf ist hier auch völlig zu Recht hingewiesen worden. Sicherlich ist das auch niemandem leicht gefallen, der in Verantwortung dafür stand, wenn es auch geringfügige Abstriche gab. Aber das, worüber wir 2009 gesprochen haben, war eine Einmalzahlung von 40 €

in zwei Monaten und die Kappung eines Sockelbetrags um 20 €. Das war in Zeiten, als NRW bei der Besoldung der Beamten über dem Bundesdurchschnitt lag und wir in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise massiv einbrechende Steuereinnahmen hatten. Was war hier damals los! Es gab einen gespielten Proteststurm der Entrüstung gerade auch bei unserer heutigen Ministerpräsidentin, die damals SPD-Fraktionsvorsitzende war. Das war schon ausgesprochen bemerkenswert. Da musste ein Eilantrag her, weil das nicht auch nur einen Tag länger warten konnte, das zu skandalisieren.

Deshalb müssen Sie sich natürlich an dem messen lassen, was Sie damals auch hier entsprechend vertreten haben. Sie nehmen jetzt nämlich einen Vorzeichenwechsel beim Vergleich der Bundesländer-tabelle vor. Bislang haben wir im Durchschnitt oder darüber gelegen. Das wird sich in Kürze ändern. Sie machen das im Kontext mit historischen Rekordsteuereinnahmen. Heute nehmen Sie 6 Milliarden € mehr ein als im Jahr 2010, und da nehmen Sie die entsprechenden Einschnitte vor. Beim Kriminalhauptkommissar sind es 1.200 €, beim Lehrer 2.200 € und beim Richter 2.900 €. Deshalb sagen wir hier völlig zu Recht: Mit dieser Vorgehensweise bzw. mit diesem Kahlschlag hat sich diese Regierung – und insbesondere auch die Ministerpräsidentin selbst – als Sozialschauspieler bzw. Sozialschauspielerin entlarvt.

Sie haben all die Jahre die Warnungen der Opposition ignoriert, diesen Haushalt dringend zu konsolidieren. Wir haben Sie immer darauf hingewiesen: Es wird der Tag kommen, wo Ihre unsolide Haushaltspolitik nicht nur dreimal in Folge vor dem Verfassungsgericht scheitern wird, sondern wo Sie selber in Schwierigkeiten kommen, die Kernaufgaben dieses Landes noch adäquat zu finanzieren. Genau das ist jetzt eingetreten. Das ist Ihre persönliche Bankrotterklärung, und das müssen nun die Landesbeamten ausbaden.

(Beifall von der FDP)

Parallel – das passt ja dann ins Gesamtbild – blockieren Sie auf Bundesebene eine volle Abschaffung der kalten Progression, damit der Staat derjenige ist, der bei gestiegener Produktivität an den Lohnerhöhungen und am Inflationsausgleich entsprechend profitiert. Deshalb sage ich hier für die FDP-Landtagsfraktion: Für uns ist es ausdrücklich eine Frage der Leistungsgerechtigkeit, dass auch Beamte einen fairen Anteil am Aufschwung erhalten. Das haben sie sich verdient.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie von SPD und Grünen rühmen sich immer gerne als das soziale Gewissen dieser Republik. Aber womit machen Sie das? – Mit Symbolpolitik. Es gibt dann irgendwo eine Freistellungsstunde mehr nach LPVG. Dann sind Sie die großen sozialen Wohltäter, weil Sie da ein bisschen korrigiert haben. Damit

streicheln Sie die Seele des einen oder anderen Funktionärs, aber Sie entziehen durch diese Entscheidung real soziale Ressourcen der breiten Beamtenschaft, der Breite der Gesellschaft. Das halten wir für den falschen Weg. Wir fordern Sie auf: Kehren Sie zurück an den Verhandlungstisch. Setzen Sie sich mit den Verbänden hin. Gucken Sie, zu welchen Nachsteuerungen Sie bereit sind. Bei dem Gesetzentwurf, den Sie heute vorgelegt haben, kann es nicht bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Stein.

**Robert Stein (PIRATEN):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream! Unter lautstarkem Protest will Rot-Grün heute diesen Gesetzesentwurf, der eindeutig gegen Ihre Bediensteten gerichtet ist, behandeln. Mit dem vorliegenden Entwurf erfolgt auch ein klares Statement zur Wertschätzung, die diese Landesregierung samt der Regierungsfractionen den Tarifbeschäftigten und Landesbeamten gegenüber pflegt, insbesondere denen in den Tarifgruppen A 11 und höher.

Ich sage hier ganz deutlich: Sie lassen Ihre Bediensteten im Regen stehen, obwohl Sie eindeutig und unmissverständlich noch kurz vor der Neuwahl versichert haben, dass die Zeiten des Verzichtes vorüber sein sollen. So geht man nicht mit seinen Bediensteten um!

(Beifall von den PIRATEN)

Ich konfrontiere Sie jetzt sehr bewusst mit zwei Beispielen, um deutlich zu machen, wie es um Ihre Glaubwürdigkeit bei diesem Thema bestellt ist:

Hannelore Kraft – ich glaube, sie hat den Saal schon wieder verlassen – ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft [von einem Abgeordnetenplatz aus rufend]: Ich sitze hier!)

– Oh, schön, Frau Kraft. Von da aus dürfen Sie auch gerne dazwischenrufen. Das hat Herr Lohn gerade schon zu Recht moniert. Ich freue mich auf die Interaktion.

Hannelore Kraft richtete Folgendes an den Deutschen Beamtenbund – ich zitiere mit Erlaubnis –:

„Ich kann Ihnen aber versichern, dass die Landesregierung keine weiteren Einschnitte bei der Beamtenschaft plant.“

Waren das Ihre Worte, Frau Kraft? Waren das Ihre Worte? – Das waren sie wohl.

Den ehemaligen Kämmerer aus Köln, Finanzminister Norbert Walter-Borjans, kann ich – mit Erlaubnis des Präsidiums – wie folgt zitieren:

„Sie wissen, dass die Landesregierung bereits mehrfach verkündet hat, Beamte, Richter und Staatsanwälte ... nicht weiter von der Lohnentwicklung abzukoppeln.“

Das waren doch auch Ihre Worte, Herr Finanzminister, ist das richtig?

(Zuruf von der SPD: Wie tief sind die Piraten eigentlich gesunken?)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter. Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmeltzer zulassen?

**Robert Stein (PIRATEN):** Nein.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Sie können dann ja gleich die Kurzintervention wählen. – Vorsichtig ausgedrückt haben Sie beide hier stellvertretend für die gesamte rot-grüne Landesregierung Wortbruch gegenüber den Landesbediensteten, gegenüber der Beamtenschaft begangen. Das muss betont werden. So kann man sich im Vorfeld der Wahl einen Wahlsieg – so erdrutschartig er erschienen haben mag – erschummeln.

Hießen Sie Pinocchio, wären Ihre Nasen Hunderte Meter lang. Und wäre Pinocchios Nase so breit wie lang, dann müssten die vielen betroffenen Beamten und Landesangestellten jetzt wenigstens nicht im Regen stehen. So geht man nicht mit seinen Angestellten im Lande um!

(Beifall von den PIRATEN)

Ihre Art zu handeln ist eine Art, die Verdruss und Demotivation hervorruft, und zwar auf dem Rücken derer, die die wichtigen Aufgaben dieses Landes und dieses Staates schultern und meistern, und das trotz der viel zu hohen Arbeitslast, die sie bei dem ausgeprägten Personalmangel zu bewältigen haben. Diese enttäuschen Sie jetzt so schwer.

Erklären Sie doch einmal ausführlich, Herr Finanzminister, warum eigentlich kein Geld zumindest für den Inflationsausgleich vorhanden sein soll. Wo soll es denn bitte sehr fehlen? Kein Geld wegen der Schuldenbremse, wie Frau Kraft neulich, glaube ich, noch in Duisburg gesagt hat – heute Vormittag lief dazu ein Beitrag im Deutschlandfunk –, die erst 2020 greift? Papperlapapp, sage ich da.

(Lachen von der SPD)

Unser HFA-Team hat nämlich errechnet – ich sage Ihnen jetzt warum –, dass in der Zeit von 2001 bis 2011 die Staatseinnahmen um satte 29 % gestiegen sind. Jetzt raten Sie mal, wie hoch die Inflation in diesem Zeitraum war. Die hat nämlich nur 16 %

betragen. Und da soll kein Inflationsausgleich drin sein? Wo fehlt denn bitte sehr das Geld, mit dem Sie den Angestellten den Inflationsausgleich verwehren? Da müssen Sie schon bessere Antworten liefern, als nur die „Schuldenbremse 2020“ wie ein Damoklesschwert zu schwingen.

Jetzt muss ich Sie noch ein wenig belehren:

(Lachen und Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Sie können das mit Ihrer Arroganz hier abtun, weil Sie die Mehrheit haben; doch deshalb wird das Ganze nicht wahrer. – Die Inflation verhält sich neutral zur Schuldenbremse. Insofern ist Ihr Argument gar keines. Wenn man das Ganze um die Konjunktur und um Sondereffekte bereinigt, dann steigen die Staatseinnahmen natürlich im selben Maße wie die Inflation.

Wenn man dann berücksichtigt, dass es auch in der übrigen Wirtschaft eine entsprechende Lohnentwicklung gibt, und wir es außerdem noch mit der kalten Progression zu tun haben, die oft zitiert wird, dann müssen wir unter dem Strich sogar noch von einem positiven Effekt für die Staatseinnahmen durch die Inflation ausgehen. Ihr Argument ist hiermit eindeutig entkräftet; es ist schlichtweg falsch.

Ich kann Ihnen aber sagen, wo das Problem liegt: Sie gehen nicht verantwortungsvoll mit den Steuergeldern der vielen ehrlichen und fleißigen Bürgerinnen und Bürger und Beamten in unserem schönen Lande um. Deswegen müssen Sie hier einfach eingestehen, dass ein Inflationsausgleich zu gewähren ist.

Die Landesregierung hat es schon wiederholt bewiesen, wie sie mit den Steuergeldern umgeht. Sie behauptet, es sei kein Geld da. Für andere marode Geschichten wie für die WestLB ist allerdings Geld in Milliardenhöhe da. Das kritisieren wir weiterhin. Da hat Herr Borjans schlecht verhandelt; das betone ich nochmals. Auch das wird auf dem Rücken der Steuerzahler ausgetragen.

(Zuruf von der SPD)

Dazu zählen die Beamten natürlich auch. Das können wir nicht gutheißen. Alles soll immer alternativlos sein; wahrscheinlich war Ihr „Verhandlungsgeschick“, Herr Finanzminister, damals auch alternativlos. Danke sehr dafür an dieser Stelle.

Jetzt erfolgt dieser Wortbruch bei den Landesbediensteten. Ich bin mir sicher, die Quittung für Ihre unseriöse Politik, für Ihren Wortbruch wird es im Spätsommer geben.

(Zurufe von der SPD)

Halten wir fest: Die vielen fleißigen Landesangestellten und Beamten bieten einwandfreie Leistungen an. Das Mindeste, was sie dafür erwarten können, ist eine faire Bezahlung. Die Statistiken zeigen übrigens, dass es auch anders geht, zum Beispiel in

Hessen und in Bayern oder auch im Bund. Dort wird deutlich besser entlohnt.

Ich sage Ihnen ganz klar: Wir Piraten schätzen die Leistungsbereitschaft der Bediensteten und Beamten im Land.

(Zuruf von der SPD: Sie nutzen die auch intensiv!)

Wir werden das auch in Zukunft zu schätzen wissen.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Das ist aber noch nicht alles; es geht ja noch weiter.

(Zurufe von der SPD)

Die rot-grüne Landesregierung sieht sich, wie in der „Rheinischen Post“ von gestern zu lesen war, mit einer möglichen Klage der NRW-Richter gegen Frau Kraft konfrontiert. Das haben Sie sicherlich auch gelesen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Sie haben Ihre Angestellten, die Landesangestellten, die Bediensteten des Landes so sehr verärgert, dass diese sogar in Erwägung ziehen, gegen Sie zu klagen! Ich gehe einmal davon aus, dass die wissen, was sie tun. Eine viel größere Eiszeit zwischen Angestellten und Arbeitgebern kann ich mir gar nicht vorstellen, Frau Kraft.

In all Ihrer Ideenlosigkeit, die zu dieser fatalen Situation geführt hat, setzen Sie auf einen Mix aus Quasi-Nullrunden oder einen Verzicht auf Inflationsanpassung hier im Land. Dazu kommt noch die atemberaubende Steuererhöhung im Bund, die Sie vorhaben, um einen tragfähigen Haushalt zu präsentieren.

Da muss ich schon sagen: Die von Ihnen geplanten Steuererhöhungen treffen genau diejenigen ins Mark, die Sie jetzt leer ausgehen lassen wollen. Das geht alles nach dem Motto: Die Masse kann sich eh nicht wehren. – Das halte ich schlichtweg für falsch. Dieser Mix ist nicht korrekt.

(Unruhe)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Entschuldigen Sie bitte, Herr Abgeordneter. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf doch bitten, dem Redner so zuzuhören, dass wir der Debatte gemeinsam folgen können.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

**Robert Stein (PIRATEN):** Das mag Ihnen alles nicht passen. Dafür habe ich vollstes Verständnis. Aber sprechen Sie mit den Menschen draußen! Ich habe es gerade getan. Die Stimmung ist eindeutig.

Ihre Argumente sind einfach falsch. Sie werden nicht besser dadurch, dass Sie hier einfach nur wild herumschreien.

(Beifall von den PIRATEN)

Was Sie planen – das ist ein Zitat, das ich von draußen mitgebracht habe –, ist nichts anderes als eine Enteignung der Beamtenschaft, der Landesbediensteten. Diese Enteignung wollen Sie noch befeuern durch die Steuererhöhungen, die Sie jetzt im Bund vorhaben.

(Zurufe von der SPD)

Man muss sich doch sagen: Es ist ideen- und verantwortungslos, dass Sie über diesen Weg versuchen, einen tragfähigen Haushalt auf die Beine zu stellen. Nehmen wir einmal die Unternehmenssteuerreform, die Rot-Grün vor zehn Jahren im Bund angestoßen hat: Sagt Ihnen das Wort „Dividendenstripping“ etwas? In deutschen Banken war es dadurch bis heute möglich, dem Fiskus bei Leerverkäufen von Aktien über 12 Milliarden € vorzuenthalten.

Das ist Geld, das heute fehlt. Mit diesem Geld – nicht nur hier; es gibt ja noch mehrere Schlupflöcher – könnte problemlos ein Tarifabschluss eins zu eins erfolgen. Ihre Antwort darauf ist allerdings wieder – ich betone es noch einmal – einfach verantwortungs- und ideenlos.

Sie wollen die Steuererhöhungen auf dem Rücken der Bürger austragen und nicht auf dem Rücken derjenigen, die die Steuerschlupflöcher ausnutzen. Das Geld könnte da sein. Auch das sind Mängel, die Sie im Bund mit zu verantworten hatten.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

**Robert Stein (PIRATEN):** Ich komme zum Ende. – Sie haben bis jetzt leider sehr ideenlos und verantwortungslos agiert. Ich hoffe, dass wir in den Beratungen doch noch zu einem anderen Ergebnis kommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Peinlich, peinlich!)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch einen Moment hier. Denn Herr Kollege Schmeltzer hat Ihre freundliche Einladung zu einer Kurzintervention angenommen

(Robert Stein [PIRATEN]: Ich freue mich!)

und bekommt für 90 Sekunden das Wort. Herr Kollege Schmeltzer.

**Rainer Schmeltzer (SPD):** Lieber Herr Kollege Stein, vielen Dank dafür. – Sie haben selber darauf hingewiesen, nach Ihrem Wortbeitrag heute wun-

dert mich die mediale Darstellung des Chaos der Piraten nicht. Wer zu dem Thema „Beamtenbesoldung“ spricht und bis heute nicht zwischen Tarifabschlüssen und Übertragung von Beamtenbesoldung differenzieren kann, wer bis heute nicht zwischen Angestellten und Beamten unterscheiden kann,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

wer Zitate aus einem Schreiben bringt und dabei wissentlich versäumt, den Betreff anzugeben – das Schreiben von Ministerpräsidentin Kraft, aus dem Sie zitiert haben, betrifft ausschließlich das Weihnachtsgeld –, wer hier so verfälscht und dann behauptet, er würde mit den Menschen draußen reden und ihre Meinung wiedergeben, zeigt, dass er von Finanzpolitik und von dieser Art der Politik keine Ahnung hat.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie von anderen Bundesländern reden, möchte ich, dass Sie einmal nachlesen, welche Bundesländer in welcher Tausender-Größenordnung Personalabbau planen und durchsetzen werden. Wenn Sie das getan haben, werden Sie ganz schnell in der Realität ankommen, dass es mit uns Personalabbau, Arbeitsverdichtung nicht gibt und bei uns die Beschäftigungssicherung deutlich an erster Stelle steht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Robert Stein** (PIRATEN): Lieber Kollege Schmelzer, Sie – nicht Sie persönlich, sondern die Landesregierung – haben diesen Vorschlag erarbeitet. Die Landesregierung bringt in dieser Debatte Argumente, die schlichtweg falsch sind. Sie führt die Schuldenbremse als Grund an. Ich habe das gerade im Detail ausgeführt. Sie bleiben mir eindeutig Antworten schuldig. Ich möchte gerne wissen, wohin die Mehreinnahmen geflossen sind. Warum ist kein Geld da, um den Inflationsausgleich zu gewähren?

(Zuruf von der SPD)

– Ich will die Antwort von Ihnen hören und sie nicht selbst geben, warum Sie trotz der überproportional gestiegenen Steuereinnahmen, die über der Inflationsrate liegen, nicht in der Lage sind, den Landesbediensteten einen Inflationsausgleich zu gewähren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich muss Sie weiterhin kritisieren. Ich bin der Auffassung, wir sollten den vielen fleißigen Landesbediensteten den Inflationsausgleich doch gewähren. Der Inflationsausgleich muss flächendeckend gewährleistet sein. – Danke sehr.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** So weit die Kurzintervention und die Entgegnung des Abgeordneten, der angesprochen war. – Es geht mit dem nächsten Redner weiter, dem Kollegen Dr. Optendrenk für die CDU-Fraktion.

**Dr. Marcus Optendrenk** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beamtinnen und Beamten des Landes sollen ein Sonderopfer zur Sanierung des Landeshaushalts leisten. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes soll schuld sein, dass es für die meisten Beamtinnen und Beamten in diesem und im nächsten Jahr keine Übertragung des Tarifergebnisses gibt. So steht es in der Gesetzesbegründung.

Wie immer bei unangenehmen Botschaften, die diese Landesregierung zu verkünden hat, sind es diesmal nicht sie selbst, auch nicht die Bundesregierung, sondern die anderen bösen Mächte, die diese Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben haben. Ich sage dazu: durchsichtige Ausrede.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir sprechen heute über das zweite Besoldungsanpassungsgesetz von Rot-Grün seit 2010. Heute begründet die Landesregierung, warum sie kein Geld hat, die Beamtenschaft an der allgemeinen Besoldungsentwicklung teilhaben zu lassen. Sie lassen die Beamtenschaft zurück. Das hörte sich am 30. März 2011 noch anders an, als Justizminister Kutschaty den Gesetzentwurf der Landesregierung begründete – ich zitiere –:

„Auch wenn die Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich angesichts der derzeit angespannten Haushaltslage, die uns allen bekannt ist, eine nicht unbedeutende finanzielle Belastung für den Landeshaushalt darstellt, so hält die Landesregierung sie dennoch für erforderlich und richtig; denn wir wollen die Beamtinnen und Beamten nicht weiter von den Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst abkoppeln und ihnen auch keine weiteren Sonderopfer abverlangen.“

In der Minderheitsregierung kam diese Regierung Kraft wohl als Wolf im Schafspelz daher. Jetzt hat Rot-Grün die Verkleidung ausgezogen und gezeigt, was sie wirklich von den Beamtinnen und Beamten des Landes hält.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Welch einen Krakeel haben Sie hier vor vier Jahren veranstaltet, als es um 20 € ging, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Heute koppeln Sie kaltlächelnd und lustlos die Beamtinnen und Beamten von den Tarifierhöhungen ab und weinen Krokodilstränen dazu. Auch das hör-

te sich 2011 bei Minister Kutschaty noch anders an. Damals sagte er – nächstes Zitat –:

„Außerdem hat die Beamtenschaft einen gesetzlich verankerten Anspruch auf Anpassung ihrer Besoldung entsprechend den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen.“

So das damalige Plenarprotokoll. Der gesetzlich verankerte Anspruch besteht weiterhin, oder haben Sie ihn zwischenzeitlich aufgehoben?

Wie ist die Erhöhung für nur einen ganz kleinen Teil der Beschäftigten unter Ausschluss großer Teile der Beamtenschaft von der Tarifierhöhung des öffentlichen Dienstes eigentlich mit Art. 33 Abs. 5 des Grundgesetzes vereinbar? Was sagt Ihr Verfassungsminister zu diesem Gesetzentwurf? Eigentlich hätte er ihn im Kabinett stoppen müssen. Denn das Grundgesetz bindet auch das Land.

Ob der Gesetzentwurf mit dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz vereinbar ist, dahinter darf man auch ein großes Fragezeichen setzen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es stellt sich noch eine weitere, sehr politische Frage. Herr Finanzminister, Sie wissen doch nicht erst seit gestern, dass Sie nicht in der Lage sind, den Tarifabschluss eins zu eins zu übernehmen. Sie wissen, was in Ihrem Haushalt an Vorsorge etwa für die Übernahme von Tarifergebnissen, den Tarifabschluss getroffen worden ist. Warum haben Sie dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst in der TdL zugestimmt, wenn Sie wussten, dass Sie die Beamtenschaft nicht eins zu eins daran beteiligen können? Das ist verantwortungslos und spaltet den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

So dürfen Sie nicht verhandeln lassen, und Sie können sich als Mitglied der TdL auch nicht aus der Verantwortung stehlen. Sie haben sich aber offensichtlich nicht entsprechend eingebracht.

Ich bin sicher, dass wir zu dieser Angelegenheit hier im Plenum und auch weiterhin im Ausschuss und in der Anhörung eine sehr interessante Debatte bekommen, und zwar auch zu den verfassungs- und beamtenrechtlichen Fragen.

Wenn die Beamtenschaft des Landes den Eindruck erhält, dass Recht und Gesetz durch das Kabinett nicht beachtet werden, dann legt das die Axt an den Rechtsstaat. Nicht umsonst haben die Richterinnen und Richter sich so verhalten, wie sie das in sehr unüblicher Weise jetzt getan haben. Denn dann geht es um die Übertragung eines Tarifabschlusses auf die Beamtenbesoldung nur in erster Linie – im Kern geht es um die Akzeptanz der Grundlagen unserer staatlichen Ordnung, nämlich von Recht und Gesetz.

Darum geht es auch heute in diesem Gesetzentwurf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Optendrenk. – Als nächstem Redner erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Hahnen das Wort.

**Uli Hahnen (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich könnte ich mir etwas Schöneres vorstellen, als hier den Beamtinnen und Beamten der höheren Gehaltsgruppen sagen zu müssen: Wir können den Tarifabschluss nicht eins zu eins übernehmen. Natürlich!

Aber wir haben abwägen müssen sowohl vor der Haushaltslage als auch vor dem Thema der Schuldenbremse 2020. Wir mussten abwägen: Ist es richtiger, Teilen der Beamtenschaft die Erhöhung nicht zu geben, oder ist es richtiger, Personal zu entlassen? Ist es richtiger, zusätzliche Arbeitsverdichtung und Stellenabbau zu betreiben, oder ist der jetzt von der Regierung vorgegebene Weg der richtigere?

Wir haben uns sehr frühzeitig entschieden. Wir haben das auch sehr klar und deutlich gesagt, wissend darum, dass es natürlich vonseiten der betroffenen Beamtenschaft auch Proteste geben würde. Wir wussten: Wir werden nicht Everybody's Darling sein. Aber, meine Damen und Herren, wer Everybody's Darling sein will, der ist auch Everybody's Depp.

Herr Lohn, ich darf Sie direkt ansprechen. Sie sind ja offensichtlich als Kampfmaschine der CDU in die Debatte geschickt worden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Damit kann man aber keinen Krieg gewinnen!)

Ich sage Ihnen: Wir brauchten keine Diskussionen über einen Wortbruch zu führen, weil es keinen Wortbruch gab. Es gibt kein Zitat, wonach die Ministerpräsidentin oder der Finanzminister erklärt hätten: Wir werden den Tarifabschluss, wie immer er sei, eins zu eins übernehmen. – Dieses Zitat gibt es nicht.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben es aber von anderen gefordert!)

Herr Kollege Schmeltzer hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass Zitate aus Briefen zum Thema „Weihnachtsgeld“ hier nicht sachdienlich sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben es von anderen gefordert!)

– Herr Kollege Witzel, immer erst der Kopf, dann der Kehlkopf, bitte.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Lohn, was ich aufs Entschiedenste zurückweise, ist Ihre diffamierende Äußerung, Ihre ehrabschneidende Äußerung zur Ministerpräsidentin, mit der Sie sie als Lügnerin darstellen. Ich weise das für die SPD-Fraktion ausdrücklich zurück!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Lohn, wenn Sie sich hier als personalpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion hinstellen und nicht einmal wissen, dass ein Oberinspektor in Besoldungsgruppe A 10 ist und es bei A 10 eine volle Übernahme des Tarifergebnisses gibt, dann sollten Sie darüber nachdenken, ob Sie nicht einen anderen Job in der CDU-Fraktion übernehmen als ausgerechnet den des personalpolitischen Sprechers.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich einmal deutlich machen, was in anderen Bundesländern geschieht. Ich will nur eine kleine Auswahl nennen:

In Hessen werden Stellen abgebaut. In Bayern, was ja hier immer als Musterländle vorgebracht wird, wird der Pensionsfonds aufgelöst – und das, um die allgemeinen Schulden zu tilgen –, und es werden in der allgemeinen Verwaltung Stellen abgebaut. In Baden-Württemberg werden Einsparungen von über 60 Millionen € nur im Personalbereich diskutiert. In Schleswig-Holstein sollen bis 2020 über 5.000 Stellen abgebaut werden.

Meine Damen und Herren, wir haben einen anderen Weg gewählt. Wir wollen die Arbeitsverdichtung, die Sie unter der Regierung Rüttgers den Menschen zugemutet haben, nicht länger hinnehmen und den Beamtinnen und Beamten aufdrücken.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie fordern als CDU und als FDP die vollständige Übernahme, die Eins-zu-Eins-Übernahme, und sagen nicht, wie Sie sie finanzieren wollen. Sie sagen nicht: Jawohl, wir sind bereit, 14.000 Stellen abzubauen. Sie sagen nicht: Wir sind bereit, an anderen Maßnahmen entsprechende Einsparungen vorzunehmen. – Alles, was Sie hier gebracht haben, sind die Studiengebühren und die Kitagebühren. Die haben Sie aber schon vier oder fünf Mal in irgendwelchen Anträgen verfrühstückt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie können Geld als Deckungsvorschlag nur einmal ausgeben.

Nun habe ich, als Herr Witzel sich gemeldet hat, gedacht: Jetzt kommt der richtige Vorschlag. Herr Witzel beschäftigt sich ja auch immer wieder im Haushalts- und Finanzausschuss mit wichtigen

Themen. Es kam nur nichts, Herr Witzel. Auch von Ihnen habe ich keine konkreten Vorschläge gehört, wie Sie die Eins-zu-Eins-Übernahme finanzieren wollen. Sie haben nichts dazu gesagt. Sie sollten vielleicht als Landtagsabgeordneter noch einmal darüber nachdenken, ob Sie nicht mehr in die Kategorie „Schaumschläger“ gehören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bisher habe ich Sie leider so kennengelernt. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Ich habe die zwei Jahre zwischen 2010 und 2012 hier auch mitgemacht. Ich habe Ihre Kollegin Freimuth im Haushalts- und Finanzausschuss erlebt. Wir waren wahrlich nicht immer einer Meinung,

(Heiterkeit von Angela Freimuth [FDP])

aber, Frau Kollegin Freimuth, bei Ihnen habe ich den Sachverstand kennengelernt. Es wäre schön, wenn wir so etwas auch in dieser Legislaturperiode noch erleben würden.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein Wort noch zu Herrn Stein von den Piraten. Herr Stein, Sie müssen noch ein bisschen am Vorlesen der Reden arbeiten. Der Kollege Schmelzter sitzt näher am Rednerpult; er hat Sie offensichtlich in Teilen verstanden. Hinten kam aber nichts an – weder inhaltlich noch bezogen

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

auf die Art und Weise, wie Sie es vorgetragen haben. Daran müssen Sie noch ein bisschen arbeiten; dann würde ich mich auch mit Ihren Argumenten, so welche gekommen sind, auseinandersetzen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir als Rot-Grün haben einen Weg im öffentlichen Dienst mit einer Leistungsfähigkeit vorgegeben – die werden wir aufrechterhalten können –, aber auch mit sozial gerechter Politik, guter Bildung, Familienförderung, Vorbeugung und leistungsfähigen Kommunen. Das ist der Weg, den wir weitergehen werden. Sie werden sich weiterhin damit auseinandersetzen müssen, dass wir einen solchen Weg gehen und der von der Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen getragen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Danke, Herr Kollege Hahnen. – Als nächstem Redner erteile ich für die FDP-Fraktion Herrn Kollegen Wedel das Wort.

**Dirk Wedel (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hahnen, das war schon ein „starker“ Auftritt von Ihnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was Sie hier zu den Kollegen Lohn und Witzel vorgebracht haben, kann man nur als Mischung aus Arroganz und Angst bezeichnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht vor, Beamte, Richter und Staatsanwälte ab einem Bruttoeinkommen von A 11, das heißt 2.700 €, von der Lohnentwicklung des öffentlichen Dienstes abzukoppeln. Laut Landesregierung soll dies eine „soziale“! Staffelung der Anpassung der Beamtenbesoldung sein.

Sozial ist also für SPD und Grüne, besonders stark bei einem Teil der eigenen Beschäftigten abzugreifen, um nicht an anderer Stelle sparen zu müssen.

Nicht nur für die betroffenen Beamten, Richter und Staatsanwälte ist es daher blanker Hohn, wenn Rot-Grün – wie etwa im Koalitionsvertrag – für sich reklamiert, sich für gute Arbeit und gerechte Löhne einzusetzen.

Meine Damen und Herren, gegenüber den 710 Millionen €, die sich die Landesregierung 2013/2014 von den Beamten holt, wirken die Vorschläge des Effizienzteams mit einem Volumen von 152 Millionen € geradezu lächerlich,

(Beifall von der FDP)

vor allem, wenn man sich vergegenwärtigt, dass in dieser Summe reine Anpassungen an Ist-Werte enthalten sind, es sich also um Geld handelt, das niemals ausgegeben wurde. Kommissar Zufall beschert der Landesregierung Minderausgaben bei den Zinsen und den Zuschüssen für den Absatz deutscher Steinkohle. Doch selbst diese Summen wurden nicht gänzlich zur Konsolidierung genutzt; Einsparungen werden lieber bei der Beamtenbesoldung gemacht.

(Beifall von der FDP)

Stattdessen bläht die Landesregierung durch das bundesweit umfangreichste Personalvertretungsgesetz den Stellenapparat unnötig auf und hat seit dem Jahr 2010 über 2.000 neue Beschäftigte eingestellt. Bei einem Anteil der Ausgaben für Personal von rund 40 % und zusätzlichen Wahlgeschenken in dreistelliger Millionenhöhe muss der Landesregierung doch bereits damals klar gewesen sein, dass für eine angemessene Bezahlung dieses Personals die Mittel nicht ausreichen werden.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, Sie müssen an die Ausgaben ran. Klimaschutzgesetz, Tarifreue- und Vergabegesetz – all das, was mehr kostet als es bringt, muss vom Tisch, damit der Aufwuchs der Staatstätigkeit aufhört und endlich an den richtigen Stellen gespart wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Wedel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ...

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Ich höre, es gab noch den Wunsch nach einer Kurzintervention. Nur, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Sie kennen die Regeln. Die Anmeldung der Kurzinterventionen muss bis zum Ende einer Rede vorliegen.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Jetzt ist das offenbar erst in letzter Sekunde erfolgt. Wer möchte intervenieren? – Herr Kollege Körfges.

Herr Kollege Wedel, ich gehe davon aus, Sie sind damit einverstanden, dass Sie gleich die Antwort vom Rednerpult aus geben.

Also, 90 Sekunden für Herrn Kollegen Körfges, dann 90 Sekunden für Herrn Kollegen Wedel. Los geht es!

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Herr Kollege Wedel! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit großem Erstaunen und auch mit einem gewissen Entsetzen habe ich bei diesem Wortbeitrag genau wie beim Wortbeitrag des Kollegen Witzel zur Kenntnis nehmen dürfen, dass Sie jetzt ganz offensichtlich die Errungenschaften des Landespersonalvertretungsgesetzes infrage stellen und es allen Ernstes hier so darstellen wollen, als könne man die Stunden, die wir zu Recht den Beschäftigten zur eigenen Interessenwahrnehmung, zur Arbeit innerhalb ihrer Behörden für ihre Kolleginnen und Kollegen eingeräumt haben, mit dem aufrechnen, was Sie uns im Bereich der Tarifanpassung vorwerfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, das ist so was von unzulässig und lässt gerade bei der FDP ganz eindeutig hinter die Maske blicken. Ihnen geht es um billigen Populismus und nicht um die Interessen der Beschäftigten.

Denn eins ist klar: Wer hier versucht, Mitbestimmung gegen die Rechte der Arbeitnehmer auf der anderen Seite auszuspielen, kann nicht als Sachwalter für Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerinteressen ernst genommen werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Jetzt Herr Kollege Wedel mit seiner Entgegnung. Bitte schön.

**Dirk Wedel (FDP):** Lieber Herr Kollege Körfges, das, was Ihre Wortmeldung noch einmal deutlich bestätigt, ist doch, dass die finanziellen Probleme, unter denen der Landeshaushalt leidet, von Ihnen hausgemacht sind.



(Lachen von Hans-Willi Körfges [SPD] – Nadja Lüders [SPD]: Das ist albern!)

Ich habe nicht behauptet, dass die 710 Millionen € beim LPVG entsprechend herauszuholen sind. Aber es ist doch eindeutig, wohin die Reise bei dieser Landesregierung geht: Sie wollen immer mehr Staatsdiener haben, wollen die aber immer schlechter bezahlen. Das halten wir nicht für den richtigen Weg.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der FDP: Jawohl!)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** So weit die Kurzintervention und die Antwort des angesprochenen Abgeordneten. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Kollegen Mostofizadeh für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wedel hat eben seine immer wiederkehrende Rede zum Sparkurs der Landesregierung vorgetragen beziehungsweise abgelesen. Das sind aber Allgemeinplätze. Herr Kollege Wedel, sagen Sie doch ein einziges Mal, wo genau gespart werden soll außer beim LPVG. Wo genau wollen Sie gegenfinanzieren? Wo genau machen Sie etwas anders als wir? – Ich habe in der heutigen Debatte nur vernommen, dass der Kollege Abruszat vorgetragen hat, das Land solle bei der Kommunalfinanzierung noch mehr Geld hineinschießen und stärker zur Finanzierung beitragen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)**

Ich habe Ihr Muster verstanden. Ihr Muster lautet: Die Landesregierung hat versprochen, immer 1:1 zu übertragen und ordentlich draufzulegen und das aus dem Nirwana zu finanzieren. Das halten Sie uns jetzt vor.

Mich würde interessieren: Was wollen Sie denn? Was will die FDP? Was will die CDU?

(Lebhafter Widerspruch von Christian Möbius [CDU])

– Kollege Möbius, Sie führen immer die Verfassungsklagen an. Sie haben zehn Verfassungsklagen verloren, davon drei Verfassungsklagen gegen Maßnahmen zulasten der Kommunen, und zwar unter anderem, weil Sie den Landeshaushalt zulasten der Kommunen gegenfinanziert haben.

Noch etwas zum Thema „Personallüge“, die Sie zu verantworten haben. Sie haben gesagt, Sie würden den Landeshaushalt über Personalabbau sozusagen gegenfinanzieren. Fakt ist aber: 14.000 Stellen sind in der Legislaturperiode von 2005 bis 2010 tatsächlich gestrichen worden, davon 5.000 aufgrund der kw-Stellung, die Rot-Grün bis 2005 ausgebracht hat. Es verbleiben also noch 9.000 Stellen. Aber:

11.900 Stellen sind dazugekommen, 2.900 Stellen haben Sie zusätzlich aufgebaut.

(Lebhafter Widerspruch von Christian Möbius [CDU])

– Herr Kollege, eines kann ich Ihnen sagen: Ich habe sehr gut verstanden, was Sie wollen. Sie wollen Stimmung machen. Sie haben kein Konzept.

(Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Sie haben fünf Jahre lang bewiesen, dass Sie dieses Land nicht sinnvoll regieren können.

Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen noch etwas zurufen: Mir tut es leid, dass wir nicht 1:1 übertragen können. Sicher aber ist: Schwarz und Gelb sind die Garanten dafür, dass es nur noch viel schlimmer kommen kann

(Lebhafter Widerspruch von der CDU und der FDP)

– Moment! – und im Bund die Grundlage dafür gelegt werden muss, dass dieses Bundesland handlungsfähig ist. Das, meine Damen und Herren, werden wir im September dieses Jahres hoffentlich erleben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Mostofizadeh, würden Sie bitte am Rednerpult bleiben? – Vielen Dank. Es gibt eine Kurzintervention. Der Kollege Schulz aus der Piratenfraktion hat diese Kurzintervention angemeldet. Kollege Schulz, ich möchte Sie bitten, sich einzuloggen. Dann kann ich Ihr Mikrofon freischalten. Ihre 90 Sekunden laufen!

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Vielen herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herr Mostofizadeh, die Situation ist relativ eindeutig. Ich bin zunächst erstaunt, dass wir jetzt in eine Finanzierungsdebatte eingetreten sind und Fragen gestellt werden, wie refinanziert werden soll. Das hätte längst – zum Beispiel in der Haushaltsdebatte 2013 – erfolgen können. Denn es war absehbar, was am Ende der Tarifverhandlungen herauskommt, nämlich eine Erhöhung.

Der Punkt, um den es allerdings geht, ist der: Bei der derzeitigen Situation erfolgt eine ganz klare Trennung beziehungsweise Spaltung der Beamtenschaft in eine Zweiklassengesellschaft. Das genau ist der Kritikpunkt, den die Beamtenschaft vorträgt.

Nun stelle ich meine Frage: Warum unterhalten wir uns nicht schlicht und ergreifend über die Möglichkeit eines Nachtragshaushalts zum Haushalt 2013? Wie wir anschließend weiter verfahren, können wir dann für den Haushalt 2014 erneut beraten.

(Lachen von der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Mostofizadeh, Sie haben 90 Sekunden Zeit, um zu reagieren. Bitte.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich ein bisschen zusammenreißen. „Ach, wie schön ist das Piratenleben!“ – Erst fragt der Kollege Stein: Wo stehen denn die Mehrausgaben, die seit 2000 angefallen sind? – Ich empfehle einen Blick in die blauen Bücher, und zwar nicht die von Marx, sondern die von Herrn Walter-Borjans.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD)

Eine zweite Bemerkung, Herr Kollege Schulz: Wer Geld ausgibt, sollte – zumindest halten wir das so – zusehen, wie er es einnimmt und gegenfinanziert. Deswegen haben wir diese Entscheidung getroffen. Es tut mir leid, dass Sie diesen Anspruch nicht haben. Aber das erklärt einiges an Beiträgen aus Ihrer Fraktion. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Landesregierung hat sich der Finanzminister zu Wort gemeldet. Herr Walter-Borjans, bitte.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe selten so viel Scheinheiligkeit wie in dieser Debatte erlebt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

CDU und FDP als die Spitze der Interessenvertretung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten! Zwei Parteien, zwei Fraktionen, die während ihrer Regierungszeit das LPVG zerschlagen haben,

(Christian Möbius [CDU]: Zerschlagen?!)

die Kettenarbeitsverträge noch und nöcher auf die Tagesordnung gebracht haben, die ganze Behörden mit pauschalen 1,5-%-Kürzungen ausgetrocknet haben!

(Lebhafter Widerspruch von Dr. Robert Orth [FDP])

Sie können heute einmal ins LBV oder andere Behörden, etwa in die Bezirksregierungen, gehen und nachfragen, was dort passiert ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben an allen Ecken und Enden, über sämtliche Haushalte hinweg, an die ich mich erinnern kann, immer zuerst beim Personal gekürzt, zeigen aber jetzt mit dem Finger auf uns und sagen, Sie seien die Vertreter der Beamtinnen und Beamten.

Sie haben sich für die Haushaltskonsolidierung des Jahres 2008, die „natürlich“ völlig hausgemacht war, feiern lassen, aber – wie auch heute nicht – kein Wort darüber verloren, wo Sie 2010 aufgehört haben. Wir haben mit einem von Ihnen mit Mehrheit beschlossenen Haushalt mit 6,6 Milliarden € Nettoneuverschuldung angefangen. Das war natürlich alles Weltwirtschaft, vorher war alles hausgemacht!

2020 muss die Neuverschuldung bei null sein. Die rot-grüne Regierung ist seit drei Jahren im Amt. In dieser Zeit sind wir Schritt für Schritt von 6,6 Milliarden € heruntergegangen und für das Jahr 2014 bei einem Eckwert von 2,4 Milliarden €.

Die Ist-Werte waren drei Jahre lang so, dass wir insgesamt 4 Milliarden € weniger an Krediten aufnehmen mussten als die ohnehin schon ambitionierte Planung vorgesehen hatte, die Richtung null geht.

(Lachen von Christian Möbius [CDU])

Sie reden davon, das seien alles Steuermehreinnahmen gewesen. – Nein, die Verbesserung war immer mehr als zur Hälfte durch weniger Ausgaben als durch mehr Einnahmen bedingt.

Das muss man sich zunächst vor Augen führen und dann vergegenwärtigen, wie dieser Teil der Konsolidierung in den ersten Jahren gelungen ist. Er ist ohne eine Belastung des Personals gelungen. Im Gegenteil: Wir haben die Belastungen, die Sie vorgenommen haben, zurückgenommen. Wir haben das Landespersonalvertretungsgesetz repariert. Wir haben die Kettenarbeitsverträge in feste Stellen umgewandelt. Wir sind hingegangen und haben in der ersten Phase direkt und unmittelbar 1:1 übertragen. Wir haben diese 1,5%ige Kreissäge, die Sie überall angesetzt haben, durch die Möglichkeit ersetzt, die Einsparung über Sachmittel zu erbringen.

Jetzt kommen wir an den Punkt – das stand in allen Briefen, die Sie zitiert haben – zu sagen: Ja, auch der Personalanteil im Landeshaushalt ist mit zu berücksichtigen. Das kann ich gegenüber jedem draußen vertreten. Ich habe das oft genug gemacht. Das geht auch. Wenn draußen einer gerufen haben sollte „Mehr Lohn!“, dann hat er sicher nicht Sie gemeint, Herr Lohn.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Minister Walter-Borjans. – Wir sind am Schluss der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/2880** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, an den **Innenausschuss**, an den **Rechtsausschuss** und an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**.

Ist jemand gegen diese Überweisungsempfehlung oder möchte sich enthalten?

(Günter Garbrecht [SPD] meldet sich.)

– Sie möchten sich enthalten?

(Günter Garbrecht [SPD]: Ich bin dagegen!)

– Sie sind dagegen.

Wir haben eine Gegenstimme aus der SPD-Fraktion und nehmen diese zu Protokoll. Damit ist der Gesetzentwurf an die Ausschüsse überwiesen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich darf um ein klein wenig Ruhe bitten.

(Unruhe)

– Irgendetwas scheint amüsant zu sein.

Wir kommen zu:

## 11 Dienstrechtsanpassungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/1625 – Neudruck

Änderungsanträge  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksachen 16/2948 und 16/2949

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2960

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 16/2904

Entschließungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/2950

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2961

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2979

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Gebhard das Wort.

**Heike Gebhard** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Bei diesem Gesetzentwurf ist unstrittig, dass es endlich erforderlich ist, die Fö-

deralismusreform, die bereits 2006 ge-griffen und die Regelungskompetenzen für die Beamtinnen und Beamten auf die Länder übertragen hat, durch die Übernahme des Bundesrechts in Landesrecht tatsächlich zu praktizieren.

Mit unseren Änderungen stellen wir sicher, dass nur die Übernahme der für NRW relevanten Teile erfolgt.

Einigkeit besteht auch darüber, dass der eigentlichen Dienstrechtsreform nicht vorgegriffen werden soll.

Gleichwohl halten wir es für geboten, den Beschäftigten des Landes zu signalisieren, welche Punkte bei der eigentlichen Dienstrechtsreform für uns unabdingbar sind. Darum haben wir heute diesen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem sieben Eckpunkte genannt sind. Ich will sie hier in aller Kürze aufzählen.

Wir wollen klarstellen, wie die in unserem Koalitionsvertrag niedergelegte Haushaltsneutralität bei der Dienstrechtsreform definiert ist. Wir wollen klarstellen, dass Weihnachtsgeld in die Grundvergütung einzubauen ist. Die Dienstrechtsreform muss die Demografiefestigkeit des öffentlichen Dienstes sicherstellen. Wir wollen ein durchlässiges Laufbahnrecht schaffen. Unsere Zusage bezüglich der Ruhegehaltsfähigkeit von Feuerwehr-, Polizei- und Justizvollzugszulage wollen wir einlösen. Wir können nicht auf ein Gesundheitsmanagement verzichten. Im öffentlichen Dienst muss es gleiche Karrierechancen für Frauen geben.

Neben der Verabschiedung des jetzigen Gesetzes ist es wichtig, diese Botschaft zu senden.

Unstrittig ist auch, dass die Anforderungen, die sich aus der Rechtsprechung ergeben, angegangen werden müssen.

Wir wissen, junge Leute beklagen sich darüber, dass sie ausschließlich aufgrund ihres Alters niedriger eingestuft werden als andere, die dasselbe tun und die gleiche Ausbildung haben, aber eben schon älter sind. Deshalb werden Lebensaltersstufen durch Erfahrungsstufen ersetzt. Dies geschieht nicht, um auf Kosten der Beschäftigten zu sparen. Deshalb ist in diesem Gesetz ganz klar verankert, dass eine 1:1-Überleitung den Bestandsschutz sichert. Bei Neueinstellungen haben wir die bereits im Gesetzentwurf enthaltenen guten Anrechnungszeiten von Vorerfahrungen – wie zum Beispiel Kindererziehungs- und Pflegezeiten – im Zuge der Beratung im HFA nochmals deutlich ausgeweitet. Das betrifft insbesondere die Berufsgruppen von Feuerwehr und Polizei.

Wir haben auch bei den anderen Bereichen das Eintrittsdurchschnittsalter zur Grundlage genommen. Davon sind insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer betroffen. Auch dieser Berufsgruppe gegenüber handeln wir sehr verantwortungsbewusst. Das